

Literatur

Inhalt:

Wolfgang Seufert/Hardy Gundlach: Medienregulierung in Deutschland. Ziele, Konzepte, Maßnahmen. Lehr- und Handbuch Lothar Mikos	98
Werner Faulstich: Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts Hans-Dieter Kübler	100
Judith Ackermann: Gemeinschaftliches Computerspielen auf LAN-Partys. Kommunikation, Medienaneignung, Gruppendynamiken Susanne Eichner	101
Claudia Equit: Gewaltkarrieren von Mädchen. Der „Kampf um Anerkennung“ in biografischen Lebensverläufen Susanne Bergmann	102
Thomas Macho: Vorbilder Beatrix Fischer	103
Raphael Spielmann: Filmbildung! Traditionen – Modelle – Perspektiven Lothar Mikos	104
Thomas Kupser/Ida Pöttinger (Hrsg.): Mediale Brücken. Generationen im Dialog durch aktive Medienarbeit Klaus-Dieter Felsmann	105
Kurzbesprechungen, Teil I	106
Kurzbesprechungen, Teil II	107
Elizabeth Prommer: Fernsehgeschmack, Lebensstil und Comedy. Eine handlungstheoretische Analyse Gerd Hallenberger	108

Medienregulierung in Deutschland

Deutschland gilt als überreguliertes Medienland mit einem undurchsichtigen Regulierungsdschungel. Für Nichtjuristen sind die vielfältigen Gesetze und Institutionen kaum zu durchschauen. Mit ihrem Lehr- und Handbuch wollen die Autoren nun Abhilfe schaffen. Das richtet sich eben an die Nichtjuristen und an Studierende der Kommunikations- und Medienwissenschaft. In ihrem Vorwort betonen sie: „Das vorliegende Buch soll sowohl eine verständliche umfassende Darstellung der aktuellen Maßnahmen zur Medienregulierung in Deutschland bieten, als auch die jeweils dahinter stehenden Regulierungsziele und -konzepte darstellen“ (S. 5). Dem folgt zu Beginn des Bandes ein siebenseitiges Abkürzungsverzeichnis, das an dieser Stelle eher verwirrt, als zu einer klaren Darstellung beizutragen. Dennoch erweist es sich im Verlauf der weiteren Lektüre als hilfreich.

Wolfgang Seufert und Hardy Gundlach, beide Professoren für Kommunikationswissenschaft bzw. Medienökonomie, haben das Buch in drei Teile untergliedert: 1) Regulierungsziele und -konzepte (Teil A), 2) Regulierung der Medien in Deutschland (Teil B), 3) ein umfangreicher Anhang, der neben Lösungshinweisen zu den Übungen für Studierende eine Übersicht zum Medienrecht sowie zu den Organisationsstrukturen wesentlicher Institutionen der Medienregulierung liefert.

Im ersten Kapitel stellen die Autoren zunächst die verschiedenen in der Wissenschaft diskutierten Regulierungskonzepte dar, um dann selbst einen weit gefassten Regulierungsbegriff

vorzulegen, der sich am Governance-Begriff aus der Politikwissenschaft orientiert: „Unter Medienregulierung werden im Folgenden alle Maßnahmen des Staates zur gezielten Beeinflussung des Medienangebots und des Medienkonsums verstanden, einschließlich aller medien-spezifischen finanziellen Anreizsysteme (z. B. der Filmförderung). Außer rein hoheitlichen Regulierungsinstitutionen werden zudem auch institutionelle Organisationen der Ko-Regulierung in die Betrachtung einbezogen, d. h. Selbstregulierungsinstitutionen, die auf gesetzlicher Grundlage (z. B. im Rahmen des Jugendschutzes) in die Medienregulierung einbezogen sind“ (S. 45). Daher mag es die *tv diskurs*-Leser beruhigen, dass auch die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) Erwähnung findet. Am Beispiel der Darstellung der FSF lassen sich zwei Mängel der Publikation verdeutlichen. So gibt es auf Seite 198 eine Abbildung mit einer Übersicht über Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten der Institutionen des Jugendschutzes in Deutschland, in der die FSF auftaucht. Warum sie im folgenden Text im Gegensatz zur Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) keine Erwähnung findet, erschließt sich ebenso wenig wie die Tatsache, dass diese allgemeine Überblickstabelle in einem Kapitel zur Regulierung nicht aktueller Trägermedien auftaucht. Im Kapitel über die Rundfunkregulierung folgt dann neben der Darstellung der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) auch eine der FSF (vgl. S. 249f.). Sie ist zwar verständlich geschrieben, warum aber in einem Buch, das im Jahr 2012 erschienen ist,

Prüfstatistiken von 2006 und 2005 beschrieben werden, bleibt das Geheimnis der Autoren.

Neben der Darstellung der einzelnen Regulierungen und ihrer Institutionen gibt es in dem Band zwei wichtige Kapitel, die darüber hinausgehen. Das eine behandelt die „Medienregulierung im Spannungsfeld zwischen kommunikationspolitischen und wirtschaftspolitischen Zielsystemen“ (S. 159 ff.). Die gegensätzlichen Positionen werden verständlich dargestellt und bewertet. So heißt es: „Eine Position, die die Entscheidung über die inhaltliche Ausdifferenzierung und Qualität des Medienangebots weitgehend den Marktkräften überlassen will, überschreitet deshalb teilweise die von der Verfassung gezogenen rechtlichen Grenzen“ (S. 160). Das andere Kapitel bietet einen Ausblick auf die „Perspektiven der Medienregulierung“ (S. 412 ff.). Grundsätzlich sehen die Autoren hier Änderungsbedarf, zum einen „durch Inkohärenzen der deutschen Medienregulierung“ (S. 414 ff.), zum anderen „durch den aktuellen Wandel der Medienmärkte“ (S. 418 ff.). Dabei sind nach Auffassung der Autoren eine Reihe von Grundsatzentscheidungen zu treffen, z. B. die Frage, ob staatliche Regulierung sinnvoll ist oder eben doch Ko- und Selbstregulierung, oder die Frage, ob es eine medienübergreifende Regulierung geben sollte oder doch eine medienspezifische, oder die Frage, ob es nationale oder supranationale Regulierungen geben sollte. Allerdings darf an dieser Stelle die Anmerkung gemacht werden, ob diese Grundsatzentscheidungen wirklich getroffen werden müssen. Schließlich könnte es auch eine integrative

Regulierung geben, bei der ein staatlicher Rahmen vorgegeben ist, innerhalb dessen es zu einer Ko- und Selbstregulierung kommt. Außerdem wird die Frage nach einer nationalen oder supranationalen Regulierung nicht einfach zu beantworten sein, so lange nicht politische Zuständigkeiten verändert werden. Eine supranationale Rundfunkregulierung scheint angesichts der Globalisierung der Medienmärkte sinnvoll zu sein, doch soll sie sich auf die EU beschränken oder auch darüber hinausgehen? Wie sollen die Bundesländer dazu bewegt werden, wenn sie an ihren traditionellen Vorstellungen für den Rundfunkänderungsstaatsvertrag festhalten? Die Autoren stellen entsprechend auch zu Recht fest: „Die Globalisierung der Märkte für Telemedien führt häufig zur Forderung nach einer supranationalen Medienregulierung, wobei die Durchsetzungsmöglichkeiten für international einheitliche Regeln selbst innerhalb der EU allerdings wenig realistisch sind, da die nationalen Regulierungskonzeptionen und Rechtstraditionen unterschiedlich sind“ (S. 425). Es wird daher eher um internationale Kooperationen bei spezifischen Regulierungen gehen als um einen einheitlichen Regulierungsrahmen. Im Übrigen erleben nicht nur die Telemärkte eine Globalisierung, sondern auch die Rundfunk- und Printmärkte, die nicht zu den Telemedien zählen.

Die Autoren sind ihrem Ziel einer verständlichen Darstellung der Medienregulierung in Deutschland weitgehend nahegekommen. Einige Probleme bzw. Herausforderungen werden leider nicht angesprochen. Im Kapitel über den aktuellen Wandel der Medienmärkte geht

es z. B. nur um Telemedien bzw. das Internet. Damit fällt der Wandel der traditionellen Medienmärkte herunter, und so stellt sich für die Autoren an dieser Stelle gar nicht die Frage, ob der Rundfunk-Begriff noch zeitgemäß ist – und mit ihm eine Rundfunkregulierung. Abgesehen von den angesprochenen Mängeln bietet der Band eine übersichtliche Darstellung der Medienregulierungslandschaft in Deutschland. Ein übersichtlicher Aufbau, der Anhang und ein Index erleichtern die Suche nach spezifischen Informationen. Für alle, die sich schon immer gefragt haben, wie die Medienregulierung in Deutschland funktioniert, ist dieser Band ein unverzichtbares Nachschlagewerk.

Prof. Dr. Lothar Mikos



Wolfgang Seufert/Hardy Gundlach: *Medienregulierung in Deutschland. Ziele, Konzepte, Maßnahmen. Lehr- und Handbuch.* Baden-Baden 2012: Nomos. 534 Seiten, 44,00 Euro